

zuzammengelegt werden, vollziehen lassen. Ein solches Project sei freilich so umfassend, daß es nicht möglich sein werde, dasselbe in allen Einzelheiten heute schon durchzuberathen. Er empfehle deshalb, für jetzt nur die Anträge des Ausschusses anzunehmen und alle weiteren Reformen der Zukunft vorzubehalten.

Herr Homberger (Gießen) und Rade (Sorau) schlagen vor, der Handelsrat solle bestehen, 1) aus der bleibende Ausschuss aus 30 Mitgliedern bestehen soll, welche unter thunlicher Berücksichtigung der verschiedenen Gebietskreise und Interessengruppen durch das Plenum zu wählen sind; 2) daß es dem so gewählten Ausschuss überlassen bleibt, noch 4 weitere Mitglieder zu cooptiren; 3) Diäten und Reisekosten werden für alle Mitglieder des Ausschusses gleichmäßig aus der Kasse des Handelsrates bestritten.

Dr. Alex. Meyer giebt dem Antrage des Düsseldorfer Vereins gegenüber zu, daß ein Deutscher Handels- und Gewerbe-Rath sehr fruchtbar wirken könne, obwohl man sich hüten müsse, die Landwirtschaft, ein rein technisches Gewerbe, überall als Beispiel für den Handel, der viel verschiedenartige Interessen habe, anzuführen. Eine solche Organisation bedinge aber einen Etat der mindestens dreimal so hoch sei, als gegenwärtig, und schon jetzt würden von vielen Handelskammern Schwierigkeiten gemacht, wenn es sich um die Zahlung von Beiträgen handelte. — Die Debatte wird hiermit geschlossen und nachdem alle übrigen Vorschläge und Amendements theils zurückgezogen, theils abgelehnt sind, die Anträge des Ausschusses unverändert angenommen.

Nach kurzer Debatte wurden dem bleibenden Ausschusse folgende Anträge anbeigegeben:
1. Antrag der Düsseldorfer Handelskammer: „Der deutsche Handelsrat wolle eine Commission aus etwa fünf Mitgliedern ernennen, um den Entwurf der deutschen Civilprozedurordnung und der deutschen Gerichtsverfassung vom Standpunkte des Interesses des Handelsverkehrs aus zu prüfen und darüber an dem Bundesrath oder an die vom Reichstage zu ernennende Commission zu berichten und das Referat den Handelskammern mitzutheilen.“
2. Antrag des Vereins der Dortmunder Eisenwerke: „In Erwägung daß 1. an Stelle der durch Einschränkung des Umlaufs von Banknoten und Staatspapiergeld dem Verkehr entzogenen Circulationsmittel auf eine allgemeine Einführung des Cheque-Systems in Deutschland hingewirkt werden muß, daß 2. die gesetzlich bestehende Stempelabgabe auf diejenigen Cheques die von einem Orte auf den anderen gezogen werden, eines der Hindernisse für die Einführung bildet, daß 3. der Staat keinen Einnahmeausfall durch die Aufhebung erleidet, weil sie im factisch bisher keine Einnahme gewährt hat, wird die gänzliche Aufhebung des Chequestempels befürwortet.“

In den bleibenden Ausschuss wurden gewählt die Herren Commerzienrath Delbrück (Berlin), Abg. Mühle (Bremen), Hater (Stettin), Heimenbach (Crefeld), Lenel (Mannheim), Geh. Commerzienrath Liebermann (Berlin), Mendelssohn (Berlin), Müller (Stuttgart), Schnorr (Leipzig), Geh. Regierungsrath Professor Dr. Sotheber (Stuttgart), Dr. Weigl (Cassel), Commerzienrath Weisenfeld (Barmen), Dr. Witte (Hofstadt), Abg. Dr. Hammacher (Berlin), Cofke (Magdeburg), Commerzienrath Medel (Eberfeld), Hertel (Augsburg) und Commerzienrath Vaare (Böckum).

Herr Abg. Müller (Hamburg) dankte hierauf dem Vorsitzenden, Herrn Commerzienrath Delbrück (Berlin) für seine umfichtige und unparteiische Leitung, worauf Letzterer darauf hinwies, daß die Hauptaufgabe des Deutschen Handelsrates das feste Band sei, das zwischen den einzelnen Handelskammern, wirtschaftlichen Vereinen u. d. d. bestebe und schloß somit gegen 4 1/2 Uhr Nachmittags den sechsten Deutschen Handelsrat.

== [Das Begräbniß des Rabbiners Dr. Geiger] wird Montag Vormittag 11 Uhr von der neuen Synagoge aus erfolgen, in welchem ein Trauer-Gottesdienst und die Einsegnung der Leiche stattfinden soll.

Rudwigslust, 24. October. [Se. Majestät der Kaiser] ist heute Morgen um 9 Uhr von hier nach Berlin abgereist. Nach der gestrigen Jagd fand Abends Tafel im Schlosse und darauf eine Vorstellung im Theater statt.

Braunschweig, 24. October. [Ueber die Wiederbesetzung des durch den Tod v. Campe's erledigten Sitzes eines Präses des herzoglichen Staatsministeriums] verlautet noch nichts Bestimmtes. Es war zunächst davon die Rede, der in hoher Gunst beim Herzoge stehende Präsident des Obergerichts in Wolfenbüttel Triepß, werde wahrscheinlich in Campe's Stelle treten, doch glauben wir kaum, daß dies der Fall sein wird. Vielmehr dürfte, wie schon neulich in der „Magdeb. Ztg.“ angedeutet ist, der Ministerialrath Grotrian als stammsührendes Mitglied in das Ministerium eintreten und Geheimse Rath Schulz das Präsidium im Staatsministerium erhalten; so wenigstens denkt man sich die Regelung dieser Angelegenheit in gut unterrichteten Kreisen.

Trier, 22. October. [Fortgesetzte Renitenz.] Die „Germania“ berichtet: „Aus bester Quelle theile ich Ihnen mit, daß der größte Theil der in unserer Diocese „Gespernten“ und „Eternirten“ in einer Besprechung einstimmig den Beschluß gefaßt hat, nach jeder Entlassung aus dem Gefängnisse und nach jeder Hintransportirung auf die Stelle zurückzukehren und die Amtspflichten zu erfüllen. Heute Morgen haben in der Pfarrkirche ad S. Laurentium fünf „Gespernte“ gleichzeitig die heil. Messe gelesen. Um 11 Uhr ward der Herr Kaplan Schneiders von Laurentius verhaftet und sitzt augenblicklich (12 Uhr Mittags) noch auf dem Polizeibureau; er wird wohl über die Grenze des Regierungsbezirks Trier transportirt werden. Die Kapläne Pohl und Kraemer sind heute Morgen aus dem Gefängnisse entlassen, in dem sie 5 1/2 Monate ohne Unterbrechung zugebracht hatten; Pastor Fellens ward gestern entlassen. Sie sind Alle recht munter!“

München, 22. October. [Dementi.] Die Nachricht von einer Enthüllungsschrift: „Revolution von Oben“ entpuppt sich immer mehr als reiner Schwindel der „Geharnischten Briefe“. Die Firma Pfeffer u. Pufz in Genf, bei welcher die Schrift angeblich erscheinen sollte, verneint nämlich folgendes Circular: „Unterzeichnete erlauben sich Ihnen hiermit anzuzeigen, daß sie bis zur Stunde nicht den geringsten Auftrag empfangen haben, ein Werk unter dem Titel: „Die Revolution von Oben“ zu drucken oder zu verlegen. Pfeffer u. Pufz.“

Aus Baden, 22. Octbr. [Die Verhandlungen über die Besetzung des erzbischoflichen Stuhles in Freiburg] sind, nachdem die principielle Verschiedenheit der Anschauungen über das Verhältniß der Kirche zum Staate jedes Ergebnis ausschloß, als vollständig gestrichelt zu betrachten.

4 Straßburg, 23. October. [Stadtrechnung. — Bürgermeister Bach. — Kaiserliche Ehrenpreise für die Hagenauer Ausstellung. — Petition elsässischer Notare.] Die Einnahmen unserer Stadt haben im Jahre 1873 laut der so eben in einem sauber gedruckten Octavbande von über 400 Seiten vom Bürgermeister-Amt veröffentlichten Verwaltungsrechnung die achtungswerthe Summe von 5,118,372 Fr. betragen; die Ausgaben beliefen sich auf 5,041,208 Fr., so daß ein Ueberschuß von 77,164 Fr. verblieben ist. Unter den ordentlichen Einnahmen der Stadt nehmen die aus dem Detroi erwachsenen ein besonderes Interesse in Anspruch, da sie gestatten, Schlüsse auf die Lebensweise und das Wohlfinden der Einwohnerschaft zu machen. Die Detroi-Einnahmen haben im Jahre 1873 mit 1,255,086 Fr. die größte, jemals vorgekommene Höhe erreicht und das stetige Anwachsen der aus dieser Quelle fließenden Einnahmen, das seit 1854 beobachtet worden — liefert die sichersten Anzeichen dafür, daß die Bewohnerschaft Straßburgs nicht nur an Zahl gewachsen sei, sondern daß sich auch ihr Wohlstand gehoben habe. Bis zum Jahre 1869 hatte die Detroi-Einnahme die Höhe von 1,158,227 Fr. erreicht, im Jahre 1870, in welchem während der Belagerung und mehrere Monate nachher an eine eigentliche Detroi-Erhebung nicht zu denken war, sank sie auf 942,773 Fr. herab, hob sich aber im Jahre 1871 bereits wieder auf über 1,054,000 Fr. In

den Detroi-Erträgen des Jahres 1873 spiegelt sich die Verdrückung, welche die Einwohnerschaft Straßburgs seit 70 Jahren, sehr deutlich wieder, indem die Verminderung, wie die Vermehrung, welche die Erträge aus verschiedenen Einfuhrartikeln erfahren haben, auf die von der Lebensweise der alt-einheimischen Bewohner abweichende der aus Deutschland neu angefiedelten hinweisen. Gesunken ist nämlich hauptsächlich die Einnahme aus Vieh, Fleisch und Wein gestiegen diejenige aus Bier und Branntwein. — Wie geflern die beiden hiesigen Zeitungen — „Elsässer Journal“ und „Straßburger Zeitung“ — mit gleicher Genugthuung meldeten, hat Herr Polytechnicr Bach Verzicht auf die ihm von Köln aus eröffneten glänzenden und ehrenvollen Ausichten geleistet, so daß er vorläufig seiner Thätigkeit als Bürgermeister-Verwalter Straßburgs erhalten bleibt. — Dem Hagenauer Ausstellungscomite hatte Se. Majestät der Kaiser drei silberne Pokale von reicher Arbeit und geschmackvoller Form als Ehrenpreis für den besten Hopfen aus Elsaß-Lothringen, aus dem übrigen Deutschland und aus dem Auslande zugehen lassen. Die betreffende Jury hat dieselben der elsässischen Stadtgemeinde Dwisheim, der bairischen Stadtgemeinde Spalt und der böhmischen Stadtgemeinde Saaz zuerkannt. — Dem Reichstage wird, wie wir hören, eine Petition der elsässischen Notare zugehen, in welcher dieselben ihrer Unzufriedenheit über verschiedene Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Juni 1872, durch welches die Notariatsverhältnisse in Elsaß-Lothringen neu geordnet worden sind, Ausdruck geben. Es handelt sich dabei wesentlich um dieselben Beschwerden, deren alku leidenschaftliches Vortragen von Seiten des hiesigen Notars Flach diesem kürzlich die Amtsentsetzung zugezogen hat.

Österreich.

Prag, 24. October. [Bei der heute stattgehabten engeren Wahl] in dem Bezirke Schlan wurde der Jungzeche Gregor mit 621 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Der Gegenkandidat, Altzeche Glam-Martinik erhielt 569 Stimmen.

Frankreich.

○ **Paris**, 22. October, Abends. [Verurtheilung. — Bonapartistisches. — Bazaine. Einer der Proceße, die noch mit den Ereignissen vom 4. September zusammenhängen, der Proceß von Pia bei Perpignan, ist heute zum Abschluß gekommen. Das Kriegsgericht hat eine Menge ziemlich schwerer Strafen verhängt, welche von zwei-jährigem Gefängniß zu zwanzigjährigen Zwangsarbeiten aufsteigen. — Eine Versammlung der bonapartistischen Hauptlinge, die dieser Tage in Gisors stattfanden sollte, ist des schlechten Gesundheitszustandes der Kaiserin wegen abgesagt worden. Der Duc de Padoue wird nach Gisors gehen, wie man sagt, um sich wegen einer Kundgebung für den Eugenientag (15. November) zu verständigen. — Frau Bazaine, die gegenwärtig hier verweilt, hat gestern und heute den Besuch der meisten hervorragenden Bonapartisten empfangen. Sie beabsichtigt übermorgen nach Santander zu reisen, wo Bazaine mit ihr zusammentreffen wird.

○ **Paris**, 23. October. [Parlamentarisches und Ministerielles. — Die Candidatur Fievets. — Zwiespalt unter den Republikanern. — Eröffnungsrede der Generalräthe. — Rede des Duc Decazes. — Aus Algerien. — Diplomatisches. — Stoffel. — Verschiedenes.] Wie gewöhnlich beim Herannahen der parlamentarischen Session werden wir uns für die nächsten Wochen auf die verschiedensten Gerüchte gefaßt zu machen haben. Einen Tag wird man mit der größten Bestimmtheit versichern, daß de Broglie wieder die Leitung des Ministeriums übernimmt, den andern mit noch größerer Bestimmtheit, daß Mac Mahon sich pöblich zur Republik bekehrt hat. Einstweilen reiten die Organe des rechten Centrums einmal wieder ihr altes Steckenpferd, die Fusion der Mittelparteien. Sie führen den gemäßigten Republikanern von dem Schläge Casimir Périer's eindringlich zu Gemüthe, wie wider-natürlich deren Bündniß mit den Radicales und daß es nur ein ganz klein wenig guten Willens bedürfe, um das linke Centrum mit seinen ehemaligen conservativen Freunden vom rechten Centrum zu versöhnen. Wenn man es nicht ohnedies wüßte, so wäre diese Fusionscomödie ein genügender Beweis dafür, daß die Dinge heute gerade so stehen, wie im Monat Juli, daß die Majorität vom 24. Mai völlig auseinandergefallen ist und daß die Orleansisten die Hoffnung aufgegeben haben, sich mit den legitimistischen beidseitig Wiederherstellung dieser Mehrheit zu verständigen. Die Sache liegt aber ohnedies klar zu Tage. Bei der Wahlcampagne im Nord-Departement z. B. sieht man, daß die Royalisten sogar ihre clericalen Gesinnungen dem Haße gegen das Septennat und den Orleansismus unterordnen. In diesem Departement hat der berühmte Bruas einen Nachfolger in der Person eines Herrn Fievets gefunden, wie schon gemeldet worden. Fievets ist vor Allem clerical und der ultramontane Kolb-Bernard hat sich zum Patron seiner Candidatur gemacht. Er ist aber außerdem Septennalist und hat als solcher die Verwaltung und die Orleansisten für sich; obendrein ist zu seinen Gunsten der bonapartistische Candidat Saint-Paul mit einer anerkennenswerthen Großmuth zurückgetreten (die bösen Zungen behaupten freilich, diese imperialistische Großmuth erkläre sich daraus, daß die Partei des Kaiserreichs im Nord-Departement gar keinen Anhang hat). Aber die legitimistischen bleiben unverföhlich und erklären, unter keiner Bedingung Fievets unterstützen zu wollen. Man behauptet, daß die Parteiführer in den Grafen von Chambord dringen, er möge abermals durch ein Manifest seine Anhänger in dem Kampfe gegen das Septennat er-muthigen. Schwierig ist jedoch eine solche Kundgebung vor dem Beginn der Session zu erwarten. Zu einem Besuche in Frankreich aufgefordert, soll Heinrich V. seinen Freunden vor Kurzem neuerdings ablehnend geantwortet haben. — Die Mißthelligkeiten der Republikaner im Dife-Departement haben in den letzten Tagen einen ziemlich bössartigen Charakter angenommen. Eine Delegirten-Versammlung, bestehend aus republikanischen Generalräthen, Arrondissementsräthen u. s. w. hatte am 18. d. in Creil, wie man weiß, die Candidatur des gemäßigten Republikaners Levavasseur aufgestellt; eine andere Delegirten-Versammlung hat sich gestern in demselben Creil einstimmig für den radicalen Andre Rousselle entschieden. Delegirte gegen Delegirte! wer hat Recht? Für die gestrige Versammlung macht man geltend, daß sie aus Delegirten ad hoc bestanden habe. Aber wenn die republikanischen Fractionen im Creil darüber zu streiten anfangen, wer unter den mehr oder minder authentischen Vertretern dieser und jener Wählergruppen das meiste Recht hat gehört zu werden, so wird die Wahlperiode vorüber sein, ehe sie ins Klare kommen. Dies ganze Delegirtensystem hat etwas Unklares und Mystriföses, für manche Wähler Beunruhigendes. Wenn erst unter seinen eigenen Anhängern die Disciplinlosigkeit ausbricht, könnte es der Partei mehr Schaden als Nutzen bringen. Uebrigens hat sich Andre Rousselle ver-schrieben, beim zweiten Wahlgange zu Gunsten Levavassours zurückzutreten, falls in der ersten Abstimmung Levavasseur mehr Stimmen erhielt. — Die Journale sind voll von den Reden, welche bei Eröffnung der Generalräthe gehalten werden. Wir finden wenig Hervorhebendes darin. Auch die Rede, womit der Duc Decazes den Generalrath der Gironde eröffnete und von welcher die Officiofen viel Aufsehen machten,

ist nicht eben bedeutend zu nennen. Der Duc Decazes entwickelt noch einmal die Theorie, daß alles Heil in der Septennatsregierung liege und nach dem Beispiel Mac Mahon's ermahnt er alle Gemäßigten, das Septennat zu unterstützen. Auch die Regierung ist, wie man aus dieser Rede sieht, genau auf dem Standpunkte stehen geblieben, den sie vor dem Auseinandergehen der Nationalversammlung eingenommen. Der Generalrath der Seesalpen hat, wie der „Kappel“ sich telegraphisch melden läßt, gestern durch ein heimliches Votum seine Unabhängigkeit an Frankreich ausgesprochen. — Die gestern an dieser Stelle erwähnten Mittheilungen der „Debat“ über Algerien und den großen Feldzugsplan des Sultans von Marokko sind von mehreren hiesigen Blättern sehr heiß genommen worden. Aber die „Republique Francaise“ er-klärt heute, daß ihre eigenen Nachrichten mit denjenigen der „Debat“ in vollem Widerspruche ständen. Niemals wären die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko freundlicher gewesen als in diesem Augenblicke. Der Kaiser Moulay Hassan hätte sogar jüngst dem französischen Vertreter einen ganz besonderen Beweis von Sympathie gegeben. — Der „Figaro“ erzählt, daß Decazes beschloffen habe, die Posten der Generalconsuln in Belgrad, Tunis, Bukarest und Alexandria durch politische und nicht mehr durch Consular-Agenten zu besetzen. Der Gesandtschafts-Secretär Baron de Billing sei zum französischen Geschäftsträger in Tunis ernannt, in Vertretung des Generalconsuls Vicomte de Ballat, der in den Ruhestand tritt. — Von Rom aus wird entschieden in Abrede gestellt, daß der Gesandtschafts-Attaché Dufaur den Auftrag erhalten habe, dem Papst einen neuen Brief Mac Mahon's zu überreichen. — Der Oberst Stoffel nimmt die Zurechtweisung, welche ihm durch eine officielle Note im Amtsblatt geworden ist, nicht ruhig hin. Er hat durch einen Huissier dem Amtsblatt einen Brief zustellen lassen, worin er die Beschuldigungen jener Note zurückweist. Es sei leicht, ihn der Entstellung der Zeugenaussagen zu beschuldigen; man möge diese Aussagen veröffentlichen und das Publikum werde dann zwischen ihm, Stoffel, und dem Verfasser der officiellen Note entscheiden. — Der „Figaro“ hatte gestern erzählt, daß Em. de Girardin Clément Duvernois in dessen Gefängniß einen Besuch gemacht habe, nicht nur um demselben einen Beweis der Freundschaft zu geben, sondern auch um im Publikum eine Strömung zu Gunsten Cl. Duvernois', dessen Proceß bekanntlich im nächsten Monat zur Verhandlung kommt, hervorzurufen. Em. de Girardin bestätigt dies heute in einem Brief an den „Figaro“, worin er sehr energisch für Clément Duvernois Partei nimmt. Man könne diesem wohl Unkenntniß in Geldgeschäften, aber nimmer eine verwerfliche Absicht zuschreiben. — Der Prinz von Wales hat heute bei Mac Mahon gefrühstückt. Heute Nachmittag sind die beiden zur Jagd im Walde von Marly.

Provincial-Beitung.

○ **Breslau**, 23. October. [Handwerker-Verein.] Nachdem in der vorletzten Versammlung Herr Dr. Boech über Schatepeare's Trauerspiel „Richard II.“ gesprochen und den Gang der Tragödie mitgetheilt u. hatte, sprach am gestrigen Abend Herr Rector Dr. Bach über den deutschen Volksdichter in plattdeutscher Mundart, Fris Reuter. Großer Beifall zeigte die Theilnahme, mit der die ziemlich zahlreichen Zuhörer dem interessanten Vortrag gefolgt waren.

— **d. Breslau**, 26. Octbr. [Generalversammlung in Sachen der Erhöhung des Kranken-Verpflegungsgeldes im Hospital zu Allerheiligen.] Die Mitglieder der Schneider-, Schuhmacher- und Tischlergesellen- (Zwangs-) Kranken-Kassen hatten gestern (Sonntag) Vormittag 11 Uhr eine Generalversammlung der Vorstände resp. Beisitzermeister und Ausschussmitglieder sämtlicher hiesiger Zunft- und anderer staatlich genehmigter Gesellen-Kranken-Unterstützungskassen nach dem Saale „Zum Birnbaum“ (Rohlenstraße 1) durch Blakate einberufen, bei der ungefähr nur der zehnte Theil der Beizuständigen anwesend war. Tischlermeister Schilling, zum Vorsitzenden der Versammlung ernannt, betont zunächst, daß die Communal-Steuerbehörde's höchste gefaßt sei. Wenn man jetzt noch eine Erhöhung des Krankengeldes einführe, so treffe diese Maßregel ganz besonders die Armen hart, welche bei Erkrankung in das Hospital müssen. Er (Redner) erinnere an die höheren Schulanstalten. Wenn da der Etat überschritten werde, so würde das Fehlende nicht auf die Schultern derer gewälzt, welche ihre Kinder auf höhere Schulanstalten schicken, obgleich dieselben meist in der Lage wären, das Fehlende zu decken, sondern die Zuschüsse würden aus dem Stadtsäckel gemacht. Der arme Kranke sei dagegen nicht in der Lage, das Deficit der Verwaltung des Hospitals zu tragen. Es müsse gegen die Maßregel des Magistrats bezüglich der Erhöhung des Kranken-Geldes nicht sowohl eine Petition, als vielmehr ein Protest eingereicht werden, eine große Versammlung aller Arbeiter Breslau's müsse einberufen werden, der Magistrat müsse erst kommen und die Kassen erbrechen, wenn er das Recht dazu habe. Die hierauf verlesene Petition gegen die Erhöhung des Kranken-Verpflegungsgeldes lautet wie folgt:

„Wie bekannt, werden unser Kassenmitglieder im Falle ihrer Erkrankung, wenn sie sich nicht zu Hause ärztlich verpflegen lassen, im Hospital zu Allerheiligen auf Kosten der Kasse verpflegt. Die Kurs- und Verpflegungskosten für jeden Hospitalkranken betragen bisher pro Tag 4 Sgr. 6 Pf., welche von uns vierteljährlich bezahlet werden. Nach den uns von der Recepturkasse des Hospitals zugesandten Liquidationen pro 3. Quartal 1874 finden wir zu unserm größten Erstaunen, daß seit dem 1. August d. 3. die Kurs- und Verpflegungskosten auf 7 Sgr. 6 Pf. pro Tag erhöht worden sind. Diese täglich gleich um 1/2 und noch innerhalb des Quartals erhöhten Kurs- und Verpflegungskosten, wovon uns unserer unbegreiflichen Meinung nach vorher Anzeige gemacht werden mußte, sind wir bei den gegenwärtigen Verhältnissen unserer Kassen und unserer vorgezeichneten Statuten zu zahlen nicht im Stande und zwar aus folgenden Gründen: 1) Nach jener Erhöhung der Kurs- und Verpflegungskosten müssen für jedes erkrankte und im Hospital zu Allerheiligen in Pflege befindliches Kassenmitglied pro Woche — die Woche zu 7 Tagen gerechnet — ein Verpflegungsgeld von 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. gezahlt werden. Dieses wöchentliche Verpflegungsgeld überschreitet jedoch bei Weitem unsere festgesetzte und statutenmäßige Bestimmung über die aus der Kasse zu gewährenden Krankenunterstützungen. So zahlt z. B. die Schuhmacher-Gesellen-Kasse ihren erkrankten Mitgliedern eine Kranken-Unterstützung von täglich 6 Sgr., die Schlossergesellen-Kasse wöchentlich 1 Thlr. 10 Sgr., die Glasergesellen-Kasse wöchentlich 1 Thlr. 10 Sgr. u. d. d. Wer soll nun für jene Hospitalkranken das noch fehlende Verpflegungsgeld zuzahlen? Von dem Kranken selbst ist es nicht zu verlangen, weil er es nicht hat. Wenn es die Kasse thut, so erleidet sie einen großen Schaden, und es würden auch diejenigen, die sich bei ihrer Erkrankung zu Hause ärztlich verpflegen lassen, dieses Krankengeld beanspruchen, was ihnen dann nicht versagt werden könnte. 2) Bei Zahlung jener erhöhten Kurs- und Verpflegungskosten ist es auch erforderlich, unsere Kassen-Statuten nach dieser Maßgabe zu ändern, es ist aber dabei sehr fraglich, ob die königliche Regierung unsere Anträge auf Erhöhung der Kranken-Unterstützung um täglich 3 Sgr. genehmigen wird, wenn nicht auch gleichzeitig die Mitgliederbeiträge erhöht werden. Die Kassenmitglieder würden sich jedoch mit einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge nicht einverstanden erklären. Wenn wir auch zugeben, daß eine Erhöhung der Kurs- und Verpflegungskosten für Hospitalkranken an der Zeit ist, so finden wir doch die Erhöhung derselben pro Tag um 3 Sgr. gegenüber den Krankheitsfällen für Lehrlinge und Dienftboten, welche um 5 Sgr. jährlich erhöht worden sind, namentlich für Arbeiter, zu deren Klasse unsere Mitglieder gehören, als zu hoch bemessen. Nach alledem dürfte ein hochlöbl. Magistrat unseren gehorhamten Antrag: Die bisherigen Kurs- und Verpflegungskosten im Hospital zu Allerheiligen für unsere Kassenmitglieder vom 1. Januar 1875 ab von 4 Sgr. 6 Pf. auf nur 5 Sgr. zu erhöhen, in gütige Berücksichtigung nehmen.“

Der Vorstand sämtlicher Gesellen-Krankenkassen.

Bei der Debatte über diese Petition fragt zunächst der Glasergeselle Reichelt, ob man nicht durch jährliche bestimmte Beiträge für die Kassenmitglieder Aufnahme im Barmherzigen Brüderkloster erhalten könne. Schneider-Geselle Jutz ist dafür, daß das verlesene Schriftstück nicht als Petition, sondern als Protest eingereicht werde. Herr Fernow führt aus, daß die Zünfte früher dem Allerheiligen-Hospital Legate und Vermächtnisse zugewendet hätten, in Folge dessen ihnen die Kurs- und Verpflegungskosten billiger gekommen wären. Darauf müsse in dem Schriftstück hingewiesen werden.

